

Die Niederlande

Marij Leenders

Am 30. Juni 2006 bot Premierminister Balkenende Königin Beatrix aus Anlass der Debatte um die Einbürgerung der VVD-Abgeordneten Hirsi Ali den Rücktritt seiner Mitte-Rechts-Regierung an. Schon nach kurzer Regierungsbildung stellte Balkenende am 7. Juli 2006 sein drittes Kabinett vor, eine Minderheitsregierung aus christdemokratischer CDA und rechtsliberaler VVD, die bis zu den regulären Wahlen im November 2006 amtieren sollte. Bei den Wahlen zur Tweede Kamer (150 Sitze) am 22. November 2006 war die Socialistische Partij (SP) mit 16 Sitzen größte Gewinnerin. Die neue rechte Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders war mit 9 Sitzen sehr erfolgreich.¹ Auch die neue Partij voor de Dieren (Pvd) hatte mit 2 Sitzen Erfolg, ebenso die ChristenUnie (CU), die ihren Anteil auf sechs Sitze verdoppeln konnte. Dagegen verlor die sozialdemokratische PvdA neun, die VVD sechs Sitze. Die Partei der Staatserneuerung, die fortschrittlich-liberale D66, die 1994 noch 24 Sitze erringen konnte, schrumpfte auf nur noch drei Sitze. Die CDA musste drei Mandate abgeben, blieb aber dennoch stärkste Fraktion. Die Lijst van Pim Fortuyn (LPF), die 2003 noch acht Mandate erhielt, verschwand aus dem Parlament. Eine langandauernde Regierungsbildung, bei der auffiel, dass die Medien soweit möglich auf Abstand gehalten wurden, führte zum vierten Balkenende-Kabinett aus CDA, PvdA und CU (80 Sitze).

Das Motto der neuen Regierung lautet: „Zusammen arbeiten, zusammen leben“. Der auffälligen Verslossenheit der Regierungsbildung folgte ein ebenso auffälliger Beginn, der ganz im Zeichen der Offenheit stand: In den ersten 100 Tagen suchte das Kabinett den Dialog mit den Bürgern. Die Ergebnisse dieser Aktion mündeten in das am 14. Juni 2007 vorgestellte Regierungsprogramm 2007–2011. Die Regierung strebt nach größerem gesellschaftlichem Zusammenhalt, Sicherheit und Respekt, Erneuerung, Nachhaltigkeit und nach einer aktiven Rolle in der internationalen und europäischen Politik. Für das neue Kabinett standen die Förderung der Innovationskraft der niederländischen Wirtschaft und insbesondere Energie und Umwelt im Mittelpunkt. Die neue Regierung begann ihre Arbeit unter einem glücklichen Stern: Die Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2007 mit 2,5% und die Arbeitslosigkeit sank rapide. Mit 3,5% (Februar 2007) stehen die Niederlande europaweit an zweiter Stelle.²

Neupositionierung der Niederlande und die Debatte über den Verfassungsvertrag

Während der 50-Jahr-Feierlichkeiten im März 2007 anlässlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge fiel auf, wie sehr sich die Position der Niederlande in Europa verändert hat. Die Niederlande waren immer ein Vorkämpfer weiterer Integrationsschritte und hatten das europaskeptische Großbritannien kritisiert. Nun standen diese beiden Länder plötzlich

Übersetzt aus dem Niederländischen von Gudrun Staedel-Schneider.

1 „Dutch protest vote worrying for EU?“, 23. November 2006, <http://www.euractiv.com/en/elections/dutch-protest-vote-worrying-eu/article-159939>; Dutch „withdrawn behind dykes on Constitution“, 27. November 2006, <http://www.euractiv.com/en/elections/dutch-withdrawn-dykes-constitution/article-160031>.

2 Werkloosheid in Europa opnieuw gedaald, Bron Eurostat: <http://www.rmu.org/index.php?nieuwsID=532&paginaID=182>.

auf einer Linie. Die Niederlande lehnten die Verfassung ab und forderten grundlegende Änderungen im existierenden Vertrag. Die Debatte über Europa musste neu aufgerollt werden. Nach Meinung von Kritikern war es in den vergangenen zwei Jahren „ohrenbetäubend“ still geblieben.³

Die Regierung sprach sich in ihrer Regierungserklärung dafür aus, den Verfassungsvertrag in einen veränderten EU-Vertrag umzugestalten. Brüssel sollte weniger in nationale Angelegenheiten eingreifen können und die demokratische Kontrolle auf die EU sollte sichergestellt sein. Dieser Vertrag musste sich nach Inhalt, Umfang und Benennung klar vom zuvor verworfenen Verfassungsvertrag unterscheiden.⁴ Der Staatssekretär für Europa-Angelegenheiten Frans Timmermans meinte, dass die Niederlande ernsthaft über ihren weiteren Verbleib in der EU nachdenken müssten, falls ein zweites Referendum über einen Europäischen Vertrag wieder in einem „Nein“ enden sollte.

Im Auftrag der dritten Balkenende-Regierung hatte der Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (Wissenschaftlicher Rat für Regierungspolitik – WRR) anlässlich des Referendums untersucht, wie eine neue verstärkte Legitimierung für die Europapolitik aufgebaut werden könne. Im Juni 2007 erschien der 175-seitige Bericht „Europa in Nederland“. Der WRR ist der Auffassung, dass zu wenig über Europa debattiert würde, weil alles in Hinterzimmern abgekartet würde. Dadurch, dass die Politiker Misserfolge Europa zuschrieben und Erfolge sich selbst, hätten sie Autorität und Legitimierung von Europa untergraben. Daneben wurde den Politikern vorgeworfen, lange Zeit zu europäisch gewesen zu sein, in ihrem Eifer hätten sie dabei die nationalen Akteure bei der Legitimierung der Europapolitik vernachlässigt. Des Weiteren konstatierte der Rat, dass es eine Art stillschweigende Unterstützung für die EU gäbe, während die Erweiterung durch neue Mitgliedstaaten und die Euro-Einführung von vielen Bürgern negativ empfunden wurden.⁵ Aus dem Eurobarometer der Europäischen Kommission wurde deutlich, dass mehr als 60% der Niederländer die Mitgliedschaft in der EU befürworten. Eine Meinungsumfrage im Mai 2007 ergab ein etwas anderes Bild: 20% waren für einen Austritt der Niederlande aus der EU und noch mal 32% waren der Meinung, dass es mit den Entwicklungen in Europa zu schnell gegangen wäre.⁶ Und im Falle eines neuen Vertrages forderte eine große Mehrheit ein zweites Referendum. Das Ergebnis wäre dann 47% für und 27% dagegen, der Rest war sich noch nicht sicher.⁷ Auch die Niederländische Nationalbank hat eine Euro-Enquête durchgeführt: Gut 60% hatten kein Vertrauen in die europäische Politik. Knapp zwei Drittel bewerteten die EU-Mitgliedschaft positiv und 52% waren gegen eine Erweiterung.⁸

Der WRR plädierte dafür festzulegen, dass die EU nur dann zuständig sein solle, wenn die Niederlande dafür ihre Zustimmung gegeben hätten. Bemängelt wurde, dass die Unzufriedenheit der Bürger über die EU nie im Parlament zum Ausdruck gekommen wäre, nur bei „extrem“ links und rechts. Die Regierung erhielt den Rat, bei europäischen Themen klar Position zu beziehen, der Ministerpräsident müsse die Europapolitik stärker führen.⁹

3 Siehe Becker, Marcel u.a. (Hrsg.): Na het referendum over Europa: een weg uit de impasse, Budel 2006.

4 Siehe www.europa.nu sowie <http://www.nederlandineuropa.nl>.

5 <http://www.cpb.nl>.

6 <http://www.europa.nu>.

7 <http://www.europa.nu>.

8 <http://www.dnb.nl>. Siehe auch NRC Handelsblad 30. November 2006.

9 „Reflections on the European Relaunch“, 23. Februar 2007, <http://www.euractiv.com/en/future-eu/reflections-european-relaunch/article-161962>.

Nach Meinung des WRR müsse das Parlament stärker einbezogen werden. So solle die Tijdelijke Commissie Subsidiariteitstoets (Vorläufige Kommission Subsidiaritätsprüfung), die seit März 2007 prüft, ob Brüssel nach dem EU-Vertrag berechtigt ist, bestimmte Vorschläge zu machen, die Politik nicht länger de-politisieren, sie müsse im Gegenteil die Debatte in Gang bringen. Der WRR wollte weg von den Referenden über die EU. Er ist wohl für Präferenzen, bei denen der Bevölkerung verschiedene Alternativen auf bestimmten Politikfeldern vorgelegt werden können. Eine sinnvolle Empfehlung, da die niederländische Regierung regelmäßig mit den europäischen Richtlinien in Konflikt gerät.

Andere Regierungsinitiativen nach dem „Nein“ zum Europäischen Verfassungsvertrag betreffen die Einrichtung des Montesquieu-Instituts und des Nationalen Geschichtsmuseums. Das Montesquieu-Institut mit Sitz in Den Haag zielt darauf ab, das Wissen um parlamentarische Geschichte und Verfassungsverhältnisse in Europa zu bündeln und in eine für Medien, Politiker und Bürger handhabbare Form zu „übersetzen“.¹⁰

Die bis 2011 geplante Einrichtung des Nationalen Geschichtsmuseums in Arnheim hat eher indirekt mit der Debatte über die Europäische Verfassung zu tun. Die Abgrenzung gegenüber Europa könnte mit dem Gefühl einer wachsenden Unsicherheit über die eigene Identität durch die fortschreitende europäische Einigung und durch die wachsende Zahl an Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund in den Niederlanden zu tun haben. Mehr Aufmerksamkeit für die eigene Geschichte könnte für mehr Zusammenhalt sorgen. Dieses nationale Museum zielt daher auch darauf ab, das historische Bewusstsein und Wissen in der breiten Öffentlichkeit zu verstärken. Die Initiatoren vergleichen das Projekt mit dem Haus der Geschichte in Bonn und dem Deutschen Historischen Museum in Berlin.

Niederländische Souveränität im Konflikt mit EU-Gesetzgebung

Die Regierung, die sich vor dem Referendum noch pro-EU gab, hat in der Zwischenzeit die kritische und europaskeptische Haltung ihren Bürger übernommen. In drei Bereichen (Bodenschutz, Gesundheitswesen und Renten) gab es im vergangenen Jahr Konflikte mit Gesetzen oder Richtlinien der Europäischen Kommission.

Die Regierung wandte sich gegen die vor kurzem von der Europäischen Kommission vorgelegten Richtlinien zum Bodenschutz. Im Anschluss daran nahm die Kommission Subsidiaritätsprüfung die Arbeit daran auf. Die Regierung wollte die Richtlinien blockieren, da sie Mindestgrenzen für z.B. organische Stoffe auf Ackerböden fürchtete oder einheitliche Maßnahmen gegen Winderosion. Das Parlament scharfte sich um die Regierung. „Wenn etwas national ist, dann sicher der Boden,“ so die VVD. Die Arbeitgeber fürchteten, dass sanierte Böden von neuem bearbeitet werden müssten, wenn „Europa“ strengere Grenzwerte gegen Verschmutzung anlege als bisher in den Niederlanden galten.

Die Regierung wandte sich auch gegen Pläne aus Brüssel für eine Liberalisierung des Gesundheitswesens und die Festschreibung von Patientenrechten in europäischen Richtlinien. Die Europäische Kommission will mit diesen Richtlinien die „Pflegermärkte“ der Mitgliedstaaten aufbrechen, da Patienten immer öfter für medizinische Behandlung ins Ausland gehen. Die Niederländische Krankenhausvereinigung dagegen freut sich auf eine Europäische Pflegerichtlinie. Sie will größere Klarheit über Patientenrechte, die bisher nur aus Urteilen des Europäischen Gerichtshofs abzuleiten sind. Doch die niederländischen Behörden fürchten zusätzliche Bürokratie aus Brüssel. Darüber hinaus werden die beab-

¹⁰ <http://www.montesquieu-instituut.nl>.

sichtigten Effizienzgewinne der europäischen Marktwirkung nichts zum neuen niederländischen Pflegegesetz beitragen, das bereits stark auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet ist.

Auch bezüglich der europäischen Rentenrichtlinie drohte die Regierung mit einem Veto. Um die Arbeitsmobilität von Arbeitnehmern zu stimulieren, hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, dass Arbeitnehmer bei einem Stellenwechsel die angesammelten Rentenrechte behalten können. Nach Meinung von Sozialminister Piet Hein Donner kann sich die Neubewertung alter Rentenrechte nach europäischen Regeln im Vergleich mit nationalen Regeln für niederländische Arbeitnehmer nachteilig auswirken, mit der Folge höherer Prämien.

Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft des Verfassungsvertrags

Die Verfassung ist tot, lang lebe der Vereinfachte Vertrag! Dies war womöglich das allgemeine Gefühl in der niederländischen Delegation nach einer Marathonsitzung von anderthalb Verhandlungstagen über die Grundlagen des neuen Vertrages.¹¹ Die niederländische Regierung und ihre Koalitionsparteien CDA, VVD und PvdA sind sehr zufrieden über das Ergebnis des Europäischen Juni-Gipfels in Brüssel. Die PvdA gibt Ministerpräsident Balkenende (CDA) sogar ein „Sehr gut“ dafür. Der Vertrag sei gut für die Niederlande und für Europa: „Europa wird kein Superstaat.“ Die Niederlande haben viele Forderungen auf den Tisch gelegt und die meisten fanden Zustimmung: „Wir sind den Gefühlen der niederländischen Wähler gefolgt,“ so Balkenende. Er bekommt den gewünschten größeren Einfluss für nationale Parlamente, auch wenn diese der Europäischen Kommission keine „rote Karte“ zeigen können, wie die Niederlande dies wollten. „Brüssel“ hat sich nicht einzumischen in typisch nationale Angelegenheiten wie Wohnraumpolitik, Renten oder Gesundheitswesen. Auch verschwinden die europäischen Grundrechte aus dem Vertrag. Des weiteren sind alle Symbole, die auf eine Staatenbildung verweisen, wie z.B. Flagge, Hymne und Außenminister, gestrichen.

Die Oppositionsparteien SP und PVV sind demgegenüber besonders unzufrieden. Nach Meinung der PVV hat Ministerpräsident Balkenende die niederländischen Belange an diesem Wochenende „verhökert“ und das Ergebnis ist „beschämend schlecht für die Niederlande, u.a. weil keine Bremse gegen die Erweiterung eingebaut wurde“. Die SP ist unzufrieden über die Eindämmung des Vetorechtes der Mitgliedstaaten. Außerdem sei der Verfassungsvertrag eher kosmetisch angepasst worden.

Es stellt sich also die Frage, ob es zu einem zweiten Referendum über dieses Ergebnis kommen wird.¹² Ein neues Referendum ist ein heikles Thema in der Koalition. Die CDA und die CU sind dagegen. Nach einer Meinungsumfrage von Ende Mai ist die Mehrheit der Bevölkerung dafür.¹³ Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass erst der Raad van State, das höchste Beratungsorgan der Regierung, ein Gutachten vorlegt, das aber nicht vor Jahresende erwartet wird. Die Fraktion der PvdA in der Tweede Kamer gibt vor, für ein Referendum zu sein. Doch die PvdA wäre erleichtert, wenn es nicht dazu käme, denn die Minister der PvdA sind an Händen und Füßen an die getroffenen Koalitionsvereinbarungen gebunden und befürchten, dass die Niederlande im Wiederholungsfall ins europäische Abseits geraten könnten.

11 Het Parool, 25. Juni 2007.

12 Referenda loom large over „repackaged Constitution“, 2. Juli 2007, <http://www.euractiv.com/en/future-eu/referenda-loom-large-over-repackaged-constitution/article-164938>.

13 www.peil.nl.